

**Franz von Fürstenberg (1729-1810) - Aufklärer und Universitätsgründer.  
Festakt und Kolloquium anlässlich seines 200. Todestages**

**Tagung des Bistumsarchivs Münster, der Historischen Kommission für Westfalen, des  
Instituts für die Geschichte des Bistums Münster und des Vereins für Geschichte und  
Altertumskunde Westfalens  
am 16. und 17. September 2010 in Münster**

Tagungsbericht von Eleonora Duplica

Am 16.09.2010 wurde in einem **öffentlichen Festakt** anlässlich seines 200. Todestages und am Folgetag bei einem Kolloquium an Franz von Fürstenberg erinnert. Als Minister (1762-1780) und Generalvikar (1770-1807) war er im Fürstbistum Münster ein Politiker ersten Ranges, der als bedeutender Bildungsreformer maßgeblichen Anteil an der Universitätsgründung in Münster trug. Für diese Veranstaltungen hatten sich das Bistumsarchiv Münster, die Historische Kommission für Westfalen, das Institut für die Geschichte des Bistums Münster und der Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, zusammengeschlossen.

In ihren **Grußworten** ordneten Ursula Nelles, Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität, Generalvikar Norbert Kleyboldt, Michael Pavlicic, 1. stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und Mechthild Black-Veldtrup, Vorsitzende des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, Franz von Fürstenberg in den historischen Kontext ein und verwiesen auf aktuelle Bezüge. So sei die von ihm etablierte praxisnahe Ausrichtung der Universität beibehalten worden, sein Credo „Menschen bilden, bleibt alle Zeit die wichtigste Staatsangelegenheit“ besitze noch Gültigkeit. Auch heute gäbe es eine Zusammenarbeit zwischen dem Bistum Münster, den Schulen des Bistums und der Universität. So wie Fürstenberg sich für bessere Bildungsbedingungen u.a. der Bauern eingesetzt habe, unterhalte der LWL unterschiedlichste Integrationsprogramme. Ziel sei es, den Einfluss des bedeutendsten Staatsmanns des Fürstbistums Münster im 18. Jahrhundert auch einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Im ersten **Festvortrag** „Gegen Rückständigkeit und Umsturz. Ziele und Grundzüge der Bildungspolitik Franz von Fürstenbergs“ belegte der Spezialist der Fürstenbergforschung Alwin Hanschmidt (Vechta) an zahlreichen Quellen Fürstenbergs Absicht, mit den Bildungsreformen dem „falschen Geist der Aufklärung“ und „unsinniger Regierungstümerei“ entgegenzuwirken. Fürstenbergs wachsendes negatives Bild von der Aufklärung habe sich im Verlauf der Französischen Revolution ausgeprägt, da er die Zurückdrängung der Religion durch die Säkularisierung fürchtete. Die „wahre“ Aufklärung habe er durch religiös-sittliche Bildung des Volkes erreichen wollen. Als weiteres Ziel von Fürstenbergs Bildungspolitik nannte Hanschmidt die Überwindung der Rückständigkeit des Landes, die u.a. durch die Einhaltung der Schulpflicht und eine verbesserte Lehrerausbildung in den Normalschulen erreicht werden sollte. Hanschmidt zeigte, dass Fürstenbergs Bildungspläne zum Wohle der Gesellschaft auf das praktische Leben zugeschnitten waren und auch das Universitätsstudium berufsqualifizierend sein sollte.

Werner Freitag (Münster) setzte sich in seinem Festvortrag „Tridentinische Reform(en)? Die Katholische Aufklärung in den Fürstbistümern Westfalens“ kritisch mit der katholischen Aufklärung in den geistlichen Staaten Münster und Paderborn auseinander und stellte die These auf, die katholische Aufklärung habe sich nicht nur an aufklärerischen Schriften orientiert, sondern stehe ebenfalls in Kontinuität zu den Tridentinischen Reformen des 16. Jahrhunderts. Er untermauerte seinen Befund u.a. mit einer Analyse der Rahmenbedingungen in den beiden geistlichen Territorien. Resümierend stellte er fest, dass zwar das vernunftgerichtete Erfassen Gottes der Aufklärung geschuldet, ein aufklärerisch

geprägtes Reformprogramm aber nicht entwickelt worden sei. Die Bildungsinstitutionen und Kontrollinstanzen wie Visitationen stellte Freitag in eine lange Tradition, damit habe es kein wirklich neues Instrument für die Durchsetzung aufklärerischen Gedankenguts gegeben. Neuerungen sah er u.a. in der Ausbildung einer Öffentlichkeit, die in und mit Zeitungsbeiträgen an zeitgenössischen Diskursen partizipierte. Die Grenzen der katholischen Aufklärung aufzeigend, halte er die Bezeichnung „Barockkatholizismus“ für angemessener.

Das **Kolloquium** wurde mit dem Vortrag von Wilfried Reininghaus (Düsseldorf/Münster) „Franz von Fürstenberg und das Kommerzienkollegium 1764-1767. Wirtschaftspolitik im Fürstbistum Münster nach dem Siebenjährigen Krieg“ eröffnet. Reininghaus konstatierte, die Gründung des Kommerzienkollegiums spreche als Maßnahme des Fürstbistums zur notwendigen Finanzsanierung gegen die Rückständigkeit des geistlichen Staates. Erste Forschungsergebnisse – weitere müssten folgen – wiesen aber auf die strukturellen und verwaltungsbedingten Schwierigkeiten dieses Gremiums hin. Reininghaus ging auf die Wirkungslosigkeit der kontrollintensiven Vorschläge für das Hauptgewerbe, Leinen- und Tuchweberei – Stichworte Legge und Stapel –, ein. Zudem seien die finanziellen Möglichkeiten verschiedener Wirtschaftszweige, z.B. der Export landwirtschaftlicher Güter wie Getreide, falsch eingeschätzt und gewinnbringende Märkte, z.B. der Konsum der Landbevölkerung, nicht erkannt worden. Diese Möglichkeiten habe Fürstenberg in seinen späteren Jahren jedoch wahrgenommen. Als einen weiteren Grund für das Scheitern der Bemühungen des Kommerzienkollegiums nannte der Referent die Tendenz der Kollegiumsmitglieder, ererbte Privilegien zu wahren. Ausgehend von der Frage nach der hohen Verschuldung des Fürstbistums erläuterte Reininghaus in der Diskussion, dass sich die Abwicklung der Verbindlichkeiten bis um 1870 hingezogen habe und dass die Arbeit der Pfennigkammer in der fürstbischöflichen Zeit nicht immer nachvollziehbar sei. Vergleiche mit den teils erfolgreichen Arbeitsweisen anderer Kommerzienkollegien, z.B. in Würzburg, seien aufgrund bisher fehlender Untersuchungen zur Zeit noch schwierig. Insgesamt wies Reininghaus auf die unzulänglichen Rahmenbedingungen von Kommerzienkollegien hin, die keineswegs mit heutigen Handelskammern verglichen werden dürften und oftmals in Rivalität zu anderen Einrichtungen und den Landständen standen. In der weiteren Diskussion wurden landwirtschaftliche Probleme, wie die Agrarkrise der 1770er Jahre, und Modernisierungen in der Landwirtschaft angesprochen.

Bertram Haller (Münster) leitete seinen Vortrag „Buchmarkt und Lesekultur in Münster zur Zeit Fürstenbergs“ mit Ausführungen zu dem durch die Aufklärung geprägten Wandel der Lesekultur und des Druckschriftenmarktes im 18. Jahrhundert ein, der auch auf dem münsterschen Buchmarkt spürbar gewesen sei und nannte den Verleger Friedrich Christoph Theissing und den Buchhändler Philipp Heinrich Perrenon. Gestützt auf Messe- und Sortimentskataloge, Kataloge der Leihbibliotheken und das Theissingsche Kunden-Kredit-Buch konnte Haller einen Wandel im Lesegeschmack der Münsteraner aufzeigen. An dem umfangreichen Sortiment aufklärerischer Zeitungen sowie der Rezeption von Werken über die Französische Revolution veranschaulichte er das Interesse der Münsteraner Leser am aktuellen Zeitgeschehen. Die Mitglieder des „Kreises von Münster“ haben jedoch weiterhin religiöse Literatur bevorzugt und jene gänzlich abgelehnt, die ihren moralisch-religiösen Vorstellungen nicht entsprach, wie etwa die Werke von Lessing und Schiller. Abschließend ging der Referent auf die Zensur ein. Sie lag in Fürstenbergs Zuständigkeit, sei vor 1789/90 kaum zur Anwendung gekommen und als vergleichsweise moderat zu bezeichnen. In der Diskussion wies Haller darauf hin, dass die Zensur erst in französischer Zeit Gewicht bekommen habe und es vermehrt zu Polizeieinsätzen gekommen sei. Die Lesefähigkeit der Landbevölkerung sei geringer als die der Städter; insgesamt sei in der Mitte des 18. Jahrhunderts ungefähr 15% der Bevölkerung als gelehrtes Lesepublikum zu bezeichnen. Neben schöngeistiger Literatur haben die Werke Overbergs und Bruchhausens eine große Bedeutung gehabt, die sich der Verbesserung des Schulwesens und der Landwirtschaft widmeten.

Sabine Kötting (Münster) richtete mit ihrem Vortrag „Pflicht oder Selbstverpflichtung? Generalvikar von Fürstenbergs Einsatz für das Elementarschulwesen“ das Augenmerk auf Fürstenbergs Motivation, die Landschulen zu reformieren. Um die Verbesserung des Elementarschulwesens im Fürstbistum Münster haben sich seit den 1770er Jahren sowohl Fürstenberg als auch die Landstände bemüht. Als Fürstenberg seit 1780 nur noch das Amt des Generalvikars bekleidet habe, habe sich sein Interesse am Elementarschulwesen verstärkt, was Kötting anhand des Briefverkehrs mit Amalia Fürstin von Gallitzin nachwies. Aufgrund seines religiösen Verantwortungsbewusstseins fühle er sich der Verbesserung des Schulwesens verpflichtet. Mit der Einrichtung der Normalschule für die Lehrerausbildung (1783) unter der Leitung Overbergs, den Schulvisitationen und der ‚Anweisung zum zweckmäßigen Schulunterricht‘ (1793) seien wesentliche Schritte zur Verbesserung gemacht worden. In der Diskussion wies Kötting darauf hin, dass Fürstenbergs Bildungsbemühungen auch positive Auswirkungen auf das Hochstift Paderborn und – mit einer gewissen Zeitverzögerung – auch auf das Herzogtum Westfalen gehabt haben. Die Bildungsreformen des Hochstifts Münster fußen zwar auf bereits Geleistetem und anderenorts bereits Bekanntem, aber bedeutsame Konzeptionsänderungen seien in Münster vorgenommen worden. Prinzipiell habe der Unterricht allen Kindern offen gestanden, ärmere Kinder seien von Schuldgeldzahlungen befreit worden. Die praktische Umsetzung der Reformen sei bei Lehrern, verschiedentlich aber auch in den Gemeinden und bei den zuständigen Archidiakonen auf Widerstand gestoßen.

Lena Krull (Münster) schilderte in ihrem Vortrag „»Es würde...dieselbe nicht mehr seyn, was sie war.« Franz von Fürstenbergs Einsatz für die Große Prozession in Münster 1805“ zunächst die Abschaffung vieler Heiligenfeiertag und Prozessionen seit den 1760er Jahren im Rahmen der katholisch-aufklärerischen Reformen der Frömmigkeitspraxis. Ziel der Reduktion war die Trennung von Werk- und Feiertagen. 1805 habe die von der preußischen Regierung, bei der nunmehr die Kirchenhoheit lag, eingerichtete Kriegs- und Domänenkammer beim Domkapitel die Verlegung der montags stattfindenden Großen Prozession auf einen Sonntag angeregt. Die seit 1383 gehaltene Große Prozession hat für die Stadt Münster eine besondere Bedeutung. Fürstenberg artikulierte den Preußen gegenüber diese Bedeutung für die Stadt und setzte sich für die Beibehaltung auf dem Montag vor St. Margareta ein. Krull legte dar, dass Fürstenberg mit diesem Streit auch die Handlungsspielräume des Domkapitels abstecken wollte, wies aber darauf hin, dass sein Einsatz in erster Linie als der eines „homo religiosus“ gesehen werden muss. In der Diskussion wurden besonders die Unterschiede zwischen der Karfreitags- und der Großen Prozession angesprochen, aber auch der Wandel der Bedeutung der Großen Prozession im 19. Jahrhundert sowie deren Terminierung.

Horst Conrad (Münster) zeichnete in seinem Vortrag „Friedrich Leopold zu Stolberg und der katholische Adel Westfalens“ den Lebensweg Stolbergs nach, der 1800 zum Katholizismus konvertierte, was sehr großes Aufsehen in ganz Deutschland erregt habe. Zuvor hatte er seine Ämter in Eutin niedergelegt und war nach Münster übersiedelt, wo er zum „Kreis von Münster“ stieß. Conrad skizzierte Stolbergs Adelsvorstellung, die er als Reflexion auf die damaligen Umwälzungen einordnete. Dessen Adelskonzept habe auf die Erneuerung der staatstragenden Bedeutung des Adels gezielt. Die Forderung an den Adel, sich auf Kerntätigkeiten – Landbau, Verteidigung und Regierung – zu besinnen und die bürgerlichen Brotberufe zu meiden, habe in Westfalen großen Anklang gefunden, so dass vom „Verein der katholischen Edelleute“ noch im 20. Jahrhundert das Primat der Landwirtschaft vertreten worden sei. Abschließend betonte Conrad Stolbergs Vorbildrolle in der religiös asketischen Lebensführung, welche Moral gefährdende Tätigkeiten wie Romanelesen und Theaterbesuche ausgeschlossen habe. In der Diskussion wurden besonders die gegensätzlichen Konzeptionen von Adel und Bürgertum vor dem Hintergrund der Aufklärung und Stolbergs Position angesprochen. Den traditionellen Vorstellungen Stolbergs über den Adelsstand standen fortschrittliche Ansätze gegenüber – Verbesserung des Bauernstandes, Abschaffung der Leibeigenschaft, für die er sich in seinen dänischen Dienstjahren eingesetzt hatte, sein eigenes als bürgerlich zu bezeichnendes Familienleben. Conrad wies darauf hin,

dass Stolberg zunächst die Französische Revolution begrüßt habe, er aber mit der Abschaffung des Adels eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber revolutionären Tendenzen entwickelt habe.

Die Tagung wurde durch einen **Rundgang** durch Münster ergänzt, der zu verschiedenen Plätzen führte, an denen Fürstenberg gewohnt und gearbeitet hatte.

Der Tagungsband ist erschienen.